

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) spiel: Im Bundesdurchschnitt werden Kleinbetriebe und Freiberufler alle 20 Jahre geprüft; in Nordrhein-Westfalen werden sie nur alle 26 Jahre geprüft. Da ist im Grunde das Know-how schon auf den Sohn oder die Tochter übergegangen, bevor hier überhaupt mal jemand vonseiten der Steuerverwaltung diesen Laden zu Gesicht bekommt.

Ich halte das für einen Skandal und bin der Meinung - und da stehe ich ja nicht allein, sondern das hat zum Beispiel die Anhörung des Bundestages zu diesem Thema ergeben -, daß hier in ganz erheblichem Umfang, also in zwei- oder sogar dreistelligem Milliardenumfang, Steuern hinterzogen werden, insbesondere im Unternehmensbereich. Und hier muß Abhilfe geschaffen werden, auch - nicht nur, aber wesentlich auch - durch eine Verbesserung des Personalbestandes.

Dann gibt es in dem Zusammenhang ein ganz konkretes Problem, nämlich die Frage der Leute, die befristet beschäftigt sind, etwa 1 000. Wir haben in Absprache mit Leuten, die sich in dem Bereich auskennen, jetzt noch einmal einen Antrag eingebracht - ich denke, den werden wir am Freitag im Haushalts- und Finanzausschuß auch noch einmal diskutieren -, daß ein Stellenpool von 200 Stellen eingerichtet wird. Wir sind der Meinung, daß die Lösung, die jetzt im Raum steht, unzureichend ist, daß hier tatsächlich Leute abgeschreckt werden, auf diesen Stellen zu bleiben, die befristet sind, weil sie befürchten müssen, daß sie eben nicht ihren Vertrag verlängert bekommen.

- (B) Es ist die sauberere Lösung, solche 200 Stellen hier einzurichten. Man kann die Leute nicht darauf vertrösten, daß im nächsten Jahr vielleicht doch Stellen eingerichtet werden, in Rücksprache mit dem Haushalts- und Finanzausschuß - oder vielleicht auch nicht, in Abhängigkeit von der Lage. Wir halten diese Lösung für sauberer. Sie ist aber auch nicht teurer; denn wenn die Stellen Ihrer Ansicht nach tatsächlich nicht notwendig sind, dann werden sie eben im Endeffekt auch nicht besetzt werden müssen. Es bleibt also kostengünstig das gleiche, ist aber mit Blick auf die Betroffenen die sauberere und vernünftige Lösung.

Wir haben gefordert, im Bereich der Umweltämter, also der Ämter für Umweltschutz und der Ämter für Arbeitsschutz, der früheren Gewerbeaufsichtsämter, zusätzliche Stellen einzurichten.

Und wir wollen mehr Lehrstellen im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Hier ist die Stellenzahl von 10 600 auf knapp 9 000 zurückgegangen, also ein Minus von 1 700. Wir sind der Auffassung, daß das nicht in die Landschaft paßt. Wir haben Nordrhein-Westfalen-weit, aber auch bundesweit eine Verschärfung der Ausbildungsplatzproblematik. Hier kann es nicht sein, daß die öffentliche Verwaltung sich aus der Ausbildungsverantwortung herausstiehlt.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe damit - ich bin am Ende der Redezeit - einige Kritikpunkte der GRÜNEN am Haushalt und insbesondere am Personalhaushalt skizziert und unsere Ansatzpunkte für mehr Stellen in bestimmten, kritischen Bereichen beleuchtet. Ich denke, das Weitere werden wir im Rahmen der Beratungen zu den jeweiligen Einzelplänen hier vortragen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Finanzminister, möchten Sie noch Stellung nehmen? - Das ist nicht der Fall. Wir haben hier auch nach dem Schluß der Beratung keine Abstimmung zu vollziehen. Ich darf damit diesen Punkt für erledigt erklären und rufe die Nummer 5 auf:

(D)

Einzelplan 01:Landtag

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/8001 und die Änderungsanträge. Die Fraktion der GRÜNEN hat hier einen entsprechenden Antrag gestellt. Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile das Wort - -

(Zurufe)

Ohne Debatte? - Ach so.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, Drucksache 11/8157, Teilbereich 1 zu Kapitel 01 010. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der Antragstellerin gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. abgelehnt worden.

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Ich lasse dann abstimmen entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/8001. Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, diesen Einzelplan 01 in zweiter Lesung anzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Einzelplan 01 in zweiter Lesung angenommen worden.

Ich rufe Nummer 6 auf:

Einzelplan 15: Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Ich verweise erstens auf die Beschlussempfehlung Drucksache 11/8015, zweitens auf die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und schließlich, drittens, auf den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8172.

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Langen für die Fraktion der CDU das Wort.

- (B) Abgeordneter Langen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast fünf Jahre Verkehrspolitik unter der Verantwortung von Minister Kniola in der Regierung Rau geben Anlaß, Bilanz zu ziehen - Bilanz gegenüber den Blockadejahren unter dem Verkehrsminister Zöpel und Bilanz mit Blick auf die verkehrlichen Erfordernisse, die dieses Land Nordrhein-Westfalen hat.

Nordrhein-Westfalen könnte wirtschaftlicher Motor in der Bundesrepublik Deutschland sein, könnte wirtschaftlicher Motor Europas sein. Daß dies nicht so ist, wird der Regierung Rau zu Recht oft vorgehalten.

(Beifall bei der CDU)

Daran ist auch die verfehlte Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen schuld.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier (SPD): Das ist doch Unsinn!)

So hatten wir gehofft, daß unter Minister Kniola ein neuer Wind in der Verkehrspolitik weht, und anfangs sah es ja auch so aus. Aber diese Hoffnung war ein Trugschluß. Nach wie vor verhindert die SPD-Regierung wichtige und notwendige verkehrspolitische Entscheidungen. (C)

(Abgeordneter Frechen (SPD): Zum Beispiel?)

Verharrung, Erstarrung, Unbeweglichkeit - das kennzeichnet die Verkehrspolitik unseres Landes.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier (SPD): Völlige Fehleinschätzung! - Abgeordneter Frechen (SPD): Werden Sie mal konkret!)

Dabei werden die Probleme - ich nenne sie jetzt - immer größer:

Erstens. Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor das Stauland Nummer 1. Hier gibt es die meisten Staus.

Zweitens. Der öffentliche Personennahverkehr muß ausgebaut und finanzierbar gehalten werden. Das vorgelegte Regionalisierungsgesetz läßt nicht erkennen, daß das Land hier Finanzverantwortung übernehmen will. Politik kann man zwar für und gegen alles machen, aber eben nur nicht gegen Adam Riese. (D)

Drittens. Die Verkehrspolitik muß neue Wege beschreiten. Die Einführung moderner Verkehrstechnologien eröffnet uns neue Chancen bei notwendigen Verkehrsverlagerungen und Verkehrsvermeidungen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß der Güterverkehr in den nächsten 20 Jahren um 80 % zunehmen wird, daß zur Zeit rund 30 % des Güterverkehrs Leerverkehr ist und bis zu 40 % des Stadtverkehrs parkplatzsuchender Verkehr ist, brauchen wir moderne umweltschonende Verkehrstechnologien, die unnötigen Verkehr reduzieren oder gar ganz vermeiden. Bisher in Nordrhein-Westfalen Fehlanzeige!

Die Landesregierung erkennt nicht, daß mit Investitionen in den Verkehrsbereich wichtige Entscheidungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen getroffen werden. Der vorliegende Haushaltsentwurf des Verkehrsministers ist zum Steinbruch des Finanzministers geworden. Ende der 70er Jahre haben wir